

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,  
voraussichtlich  
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal 75 Pf.  
Postzeitungsnummer 1621 a.  
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten das Blatt gratis.

Redaktion und Verlag:  
G. Legien,  
Markstraße Nr. 15, II.  
Hamburg 6.

### Aus Oberschlesien.

Der Oberschlesische Industriebezirk ist heute noch das Eldorado des Unternehmertums. Die Mehrheit der Arbeiter befindet sich im Banne des Pflanzenthums, zeigt Unterwürfigkeit gegenüber dem zahlreichen Beamtenheer der riesenhaften industriellen Werke und wagt aus Furcht vor Maßregelung, selbst außerhalb der Betriebe kein freies Wort zu sprechen. Infolgedessen ist die Macht der Unternehmer eine fast unbeschränkte. Die Arbeitszeit und die Lohnhöhe werden von ihnen einfach diktiert, ohne auf die Wünsche, auf Leben und Gesundheit der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. In der Gluthitze der Hüttenwerke, in der mit giftigen Gasen erfüllten Luft müssen die Arbeiter zwölf Stunden bei zum Theil die Körperkräfte unmenschlich anstrengender Arbeit ausharren. Die 5064 jugendlichen und 91761 erwachsenen Industriearbeiter, welche nach dem Bericht des Fabrikinspektors für den Bezirk Oppeln im Jahre 1896 in den 3174 industriellen Etablissements Oberschlesiens thätig waren, müssen mit Aufopferung von Gesundheit und Leben jene riesenhaften Gewinne schaffen helfen, welche die Hüttenwerke des Bezirkes abwerfen. So verzeichnet der Jahresbericht der vereinigten Königs- und Laurahütte für 1897/98 einen Bruttogewinn von M. 7 333 205. Davon sollen an ordentlicher Abschreibung von den Anlagewerthen M. 2 000 000, an außerordentlicher Abschreibung M. 1 000 000 entfallen und verbleiben als Nettogewinn M. 4 019 419. Davon sollen die Aktionäre 13½ pSt. Dividende erhalten, während an die Pensions- und Unterstützungskassen des Werkes M. 300 000 überwiesen werden sollen.

Das Letztere kann den Anschein erwecken, als würde für die Arbeiter in ausreichendem Maße gesorgt, sofern sie infolge der übermäßigen Arbeitsleistung arbeitsunfähig werden. Jedoch beweisen die Klagen, welche von den zur Unterstützung aus den Pensionskassen berechtigten Arbeitern geführt werden, das Gegentheil. Der Einfluß, welchen die Unternehmer in diesen Klassen haben, ist größer als der Einfluß der Arbeiter.

Nach dem Statut des Knappschaftsvereins haben die Unternehmer in der Generalversammlung das gleiche Stimmrecht wie die Vertreter der Arbeiter, obgleich die Beitragsleistung nicht die gleiche ist. Die Unternehmer zahlen nur 94 pSt.

der Beitragsleistung der Arbeiter, d. h. für jede Mark Beitrag, welcher der Arbeiter zahlt, werden von dem Unternehmer nur 94 pSt an Beitrag geleistet. Dazu kommt, daß als Vertreter der Arbeiter, als Knappschaftsälteste, die Beamten der Gruben und Hütten vorgeschlagen werden, und da die Wahl durch öffentliche Stimmabgabe erfolgt, müssen die Arbeiter wohl oder übel die Vorgeschlagenen wählen, so lange sie sich nicht durch ausreichende Organisation vor der Gefahr der Maßregelung schützen. Das Statut des Knappschaftsvereins ist voller Ungerechtigkeiten, und sind hier und da ausgesprochene Wünsche der Arbeiter auf Abänderung dieser Statutenbestimmungen ungehört verhallt.

Gegenwärtig wird eine Bewegung unter den Bergarbeitern des Bezirkes inszeniert, durch eine Witschrift an den Kaiser eine Beseitigung der größten Härten aus dem Knappschaftsstatut herbeizuführen. Die für diesen Zweck arrangirten Versammlungen gaben dem Vorsitzenden der Generalkommission, der im September d. J. zwei Wochen lang im dortigen Industriebezirk sich aufhielt, Gelegenheit, zu den Bergarbeitern zu sprechen und diesen auseinanderzusetzen, daß weniger mit Witschriften als durch Einwirkung auf die Generalversammlung, durch Wahl geeigneter Knappschaftsältesten, eine Aenderung des Statuts zu erreichen und daß hierzu Organisation im Berg- und Hüttenarbeiterverband erforderlich sei. Diese Auseinandersetzungen sind nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen.

Das Uebergewicht, welches die Unternehmer im ober-schlesischen Industriebezirk heute haben, wollen sie sich mit allen Mitteln zu erhalten suchen. Die gewerkschaftliche Organisation ist geeignet, das absolute Regiment einzuschränken; deshalb wird mit der größten Rücksichtslosigkeit jeder Versuch der Arbeiter, sich zu organisiren, unterdrückt.

Daß die Behörden hierbei nicht etwa den Arbeitern hilfreiche Hand bieten, haben wir wiederholt durch Veröffentlichung verschiedener Vorkommnisse bewiesen. In Nr. 51 des „Correspondenzblatt“ vom 20. Dezember 1897 ist das Vorgehen der Polizeibehörden des Industriebezirks eingehend geschildert. Von dem in dem genannten Artikel angegriffenen Bürgermeister von Beuthen und dem Amtsvorsteher Meißner in Zaborze ist Straf-

## Mittheilungen.

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhielten wir folgenden Aufruf, welcher wir hiermit Folge geben.

### Anfragen an Leiter von Arbeiter-Bibliotheken.

Für eine in wissenschaftlichem Interesse unternommene Untersuchung über die Entwicklung des Bildungsstandes und Bildungsinteresses der deutschen Industriearbeiter ist es von Wichtigkeit, an möglichst vielen von Arbeitern benutzten Bibliotheken festzustellen, wie sich das Interesse der Arbeiter auf die verschiedenen Wissenszweige vertheilt und welche Werke aus den verschiedenen Rubriken sich besonderer Beliebtheit erfreuen.

Da eine solche nach verschiedenen Seiten hin wichtige Untersuchung nur durch eine möglichst

umfassende Enquete erfolgreich durchgeführt werden kann, ersuche ich alle Leiter von Arbeitervereins- und Gewerkschaftsbibliotheken, die bereit sind, einen ihnen zugehörigen Fragebogen auszufüllen, mir gütigst Adresse zukommen zu lassen.

Garz a. d. Oder. Dr. phil. Pfannk

Das Gewerkschaftskartell in Bretheilt mit, daß alle Zuschriften, welche schnell beantwortet werden sollen, an folgende Adresse zu richten sind: H. Garlsch, Bremen, Hermannstraße 88. Für alle übrigen Sendungen geben die bisherige Adresse: Vereinshaus Bremen, Dankenstr. 21/22.

## Situationsbericht.

Die Messerschleifer der Firma Gottlieb Hammesfahr in Foche-Solingen befinden sich seit dem 8. August im Ausstande. Von den Arbeitern ist Alles gethan worden, die Differenzen auf gutlichem Wege zu regeln. Nachdem eine von den Schleifern gewählte Kommission bei der Firma vorstellig wurde, versprach man derselben die Erfüllung aller ihrer Wünsche. Anstatt aber das gegebene Versprechen einzulösen, wurde das Verhalten der Firma den

Arbeitern gegenüber immer unerträglicher, so daß den Arbeitern keine andere Wahl blieb, als einen Ausstand einzutreten. Da von Seiten der Firma Alles versucht wird, Schleifer von wärts heranzuziehen, wird dringend gebeten, Zuzug nach Solingen fern zu halten.

Anfragen sind zu richten an: Ernst Kain, Solingen, Schützenstr. 59.

## L'Operaio Italiano.

Die Nummer 8 des italienischen Blattes, welche am 24. September erscheint, hat folgenden Inhalt:

Klassenkampf. — Die Pflicht der Solidarität (Vittorio Piva). — Die Gewerkschaften Deutschlands 1897. — Für die Organisation. — Lohn-

und Streikbewegung. — Unfälle auf Bauten und Verschiedenes vom In- und Auslande.

Der L'Operaio Italiano erscheint alle 14 Tage achtsseitig, ist in der Postzeitungsliste unter Nummer O. 92a eingetragen und kostet im Abonnement pro Quartal 75 ¢.

### Quittung über die im Monat August bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge.

Deutscher Holzarbeiterverband (1. Quartal 1898).....	M. 1160
Verband der Hutmacher (1. bis 4. Quartal 1897).....	" 280
" " auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (1. und 2. Quartal 1898).....	" 12
" " Gärtner (4. Quartal 1897).....	" 12
Vereinigung der Maler (2. Quartal 1898).....	" 201
Verband der Vergolder (2. Quartal 1898).....	" 29
" " Former (2. Quartal 1898).....	" 125
" deutscher Buchdrucker (2. Quartal 1898).....	" 600
" der Schiffszimmerer (1. und 2. Quartal 1898).....	" 73

**Richtigstellung.** Die in Nr. 23 des „Correspondenzblatt“ quittirten M. 20 zur Deckung des Defizits sind nicht von der Zahlstelle Mathenow des Verbandes der Vergolder, sondern von der Zahlstelle Stendal eingesandt worden.

Alb. Köstke, Hamburg-Eimsbüttel, Meißnerstr. 5, Haus 1, III.

und seiner Vororte. Von den anhängig gemachten Sachen wurden 10 556 = 80,57 pZt. durch mündlichen und 1342 = 10,24 durch schriftlichen Bescheid erledigt. Der Bericht führt eine größere Zahl besonders bemerkenswerther Fälle, die Versicherungsgelegenheit betreffend, an. Die Wiedergabe auch nur einzelner derselben würde zu weit führen. Diese Ausführung wichtiger Streitigkeiten ist insofern besonders dankenswerth, weil gleichartigen Instituten in anderen Orten dadurch brauchbare Anhaltspunkte in ähnlichen Fällen gegeben werden. Ferner werden die Bestrebungen und Maßnahmen zum Schutze der Bauarbeiter und der Bürsten- und Pinselabrikations-Arbeiter zum Schutze gegen die Milzbrandvergiftung, die durch unreines Haar- und Borstenmaterial hervorgerufen wird, in dem Berichte eingehender behandelt.

Das Sekretariat hatte vom 1. November 1896 bis 31. Dezember 1897 eine Einnahme von M. 8128, inklusive eines Kassenbestandes von M. 648,67. Die Ausgaben betragen in demselben Zeitraum M. 7211,33 und verblieb ein Kassenbestand von M. 916,67. Unter den Ausgaben stehen an Gehältern M. 4292,50, Druckerarbeiten M. 1447,90, Miete M. 420, Bureaubedürfnisse M. 440, Neuananschaffungen M. 368 usw.

Der zweite Theil des Berichtes enthält eine Uebersicht über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen Nürnbergs. In einem umfangreichen Tabellenwerk werden die Mitgliederzahlen, der Wechsel im Mitgliederbestande und die Einnahmen und Ausgaben im Einzelnen angeführt. Wir entnehmen dieser Aufstellung die in nebenstehender Tabelle angegebenen Zahlen über den Mitgliederbestand am 1. Januar und 31. Dezember 1897.

Es fehlen genaue Angaben in der Statistik über: Bauarbeiter mit 3a. 86, Bleistiftarbeiter 148, Konditoren 109, Holzarbeiter (Sektion Drechsler) 272, Zimmerer 271, Holzarbeiter (Sektion Bildhauer) 72, zusammen 958 Mitglieder. Ferner fehlen in der Statistik die Organisationen der Barbier, Dachbeder, Feingoldschläger, Steinseher, Tabakarbeiter und Zinngießer, deren Mitgliederzahl nicht bekannt ist. Nach den genau angegebenen und annähernd bekannten Mitgliederzahlen waren Ende 1897 in Nürnberg 8175 männliche und 261 weibliche, zusammen 8436 Arbeiter organisiert.

Von gemeinsamen Aktionen der Gewerkschaften ist hauptsächlich der Versuch, eine Centralisirung der Arbeitsnachweise und der Herbergen herbeizuführen, zu verzeichnen. Eine unter den Gewerkschaften vorgenommene Abstimmung über die Centralisirung des Arbeitsnachweises ergab, daß sich für eine solche 16 Gewerkschaften mit 4892 Mitgliedern erklärten. Von dem Sekretariat werden die Ausgaben für eine solche Centralstelle auf M. 2000 pro Jahr veranschlagt, so daß zu deren Erhaltung ein Beitrag von 25 M. pro Jahr und Kopf der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erforderlich wäre. Das Sekretariat spricht die Hoffnung aus, daß es bald gelingen werde, eine solche Institution in's Leben zu rufen. Der Versuch, den Statuten des kommunalen Arbeitsnachweises eine andere Fassung zu geben, besonders durch Einfügung der Streikklausel, scheiterte an dem Widerstande des Magistrates.

Nr	Name der Organisation	Mitgliederzahl			
		am Anfang des Jahres		am Schluß des Jahres	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	Bildhauer .....	96	—	113	—
2	Buchbinder .....	47	—	98	2
3	Buchdrucker .....	249	—	260	—
4	Böttcher .....	49	—	34	—
5	Brauer .....	144	—	126	—
6	Glasler .....	39	—	56	—
7	Graphische Arbeiter ..	291	47	286	15
8	Handschuhmacher .....	17	—	22	—
9	Handelskühlungsarbeiter	140	—	175	—
10	Handlungsgehülfsen ..	26	1	13	1
11	Holzarbeiter:				
	Sektion Modell-				
	schreiner .....	58	—	63	—
	" Schreiner .....	912	—	1067	—
	" Stellmacher .....	20	—	26	—
12	Rammacher .....	50	—	49	—
13	Kupferschmiede .....	24	—	32	—
14	Leberarbeiter .....	32	—	33	—
15	Maler .....	85	—	108	—
16	Lackirer .....	36	—	47	—
17	Maurer u. Steinhauer	87	—	188	—
18	Metallarbeiter:				
	allg. Zahlstelle .....	1015	20	1479	11
	Sektion Klempner ..	356	90	448	72
	" Former .....	240	—	269	—
	" Metallbrücker ..	156	4	141	3
	" Gürtler usw. ..	269	3	291	2
	" Reißzeugmacher	153	9	151	2
	" Schmiede .....	267	—	389	1
19	Former (Verband) ..	63	—	70	—
20	Müller .....	89	—	93	—
21	Pinselarbeiter .....	376	173	364	115
22	Porzellanarbeiter ..	37	—	36	—
23	Sattler .....	32	—	44	—
24	Schneider .....	123	4	145	4
25	Schuhmacher .....	200	3	200	3
26	Stoffateure .....	15	—	82	—
27	Tapezierer .....	57	—	57	—
28	Textilarbeiter .....	21	4	48	29
29	Töpfer .....	89	—	107	—
30	Bergolber .....	6	—	8	—
		5966	358	7218	260

Der Plan, eine Zentralherberge resp. ein Arbeiterhaus zu errichten, schien im vorigen Jahre seiner Vollendung nahe gerückt. Schließlich scheiterte das Unternehmen an der Höhe der Kosten, die auf M. 700 000 veranschlagt waren, welche Summe die hinter dem Unternehmen stehenden Kapitalisten abgesehen zu haben scheint. Es wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß es der Arbeiterschaft in Fürth gelungen sei, innerhalb dreier Jahre zur Errichtung eines eigenen Vereinshauses zu kommen und daß ein Gleiches auch in Nürnberg möglich sei.

Das Sekretariat wurde bei einer größeren Anzahl von Differenzen mit den Arbeitgebern in Anspruch genommen und haben die Unterhandlungen in den meisten Fällen ein die Arbeiter befriedigendes Resultat ergeben. Vielfach gelang

antrag wegen dieser Angriffe nicht gestellt worden. Damit dürfte die Wichtigkeit der geschilderten Thatsachen erwiesen sein. Dagegen hat sich der Gendarm Kupka, welcher in dem Artikel genannt wurde, beleidigt gefühlt. Wie schon mitgetheilt, lag eine falsche Angabe des Namens in dem Bericht über das geschilderte Vorkommniß vor. Der Vorsitzende der Generalkommission mußte diesen Irrthum mit einer Geldstrafe von M. 200 büßen, obgleich es ihm bei Abfassung des erwähnten Artikels fern lag, einen Gendarmen zu beleidigen. Ihm war es darum zu thun, vor dem Gerichtshof von dem Bürgermeister von Beuthen und dem Amtsvorsteher Meister zu erfahren, welche Gründe die Herren veranlassen, in der im „Correspondenzblatt“ Nr. 51 von 1897 geschilderten Weise die berechtigten Bestrebungen der Gewerkschaften zu verhindern. Der Amtsvorsteher Meister hat, wie der Vorsitzende des Gerichtshofes während der Verhandlung mittheilte, Strafantrag gestellt, diesen aber wieder zurückgezogen. Gaben die Angriffe in der erwähnten Nummer des „Correspondenzblatt“ keine Veranlassung, Strafantrag wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Beuthen und des Amtsvorstehers Meister zu stellen, so ist erwiesen, daß die geschilderten Vorgänge den Thatsachen entsprachen. Darnach ist zu beurtheilen, wie wenig die Behörden geneigt sind, den Arbeitern zu helfen, den Terrorismus der Unternehmer in Oberschlesien einzuschränken.

Glücklicher Weise hängt die Gewinnung der Arbeiter für die Organisation nicht von den Sympathien oder Antipathien und den Maßnahmen der Behörden ab. Die eigenartigen Verhältnisse bedingen eine eigenartige Agitationsmethode, und diese ist mit Erfolg angewandt worden. Zwar steht heute die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften in Oberschlesien in keinem Verhältniß zur Zahl der industriellen Arbeiter, aber die ersten Anfänge sind gemacht. Möglich, daß auch die Behörden einsehen werden, daß ihr Bemühen vergeblich, daß sie nur äußerlich die Aufklärung der Arbeiter hindern. Zwar wurde auch bei dem letzten Aufenthalte des Vorsitzenden der Generalkommission im dortigen Industriebezirke, die beliebte Ueberwachung desselben durch einen oder mehrere Kriminalbeamte durchgeführt. Es ist aber nicht schwer, die Leute an andere Stellen hinzuleiten, als sie zu sein wünschen — und hat

das Ueberwachungssystem auch nicht im Geringsten verhindert, durch Besprechung mit den Vertrauensleuten in allen Orten des Industriebezirks jenigen Einrichtungen festzustellen, welche geschaffen sind, um den Fortschritt der Organisation der ober-schlesischen Arbeiter-schaft zu sichern. Fortschritt, welcher in den drei Jahren gemeint ist, in welchen die Agitation systematisch betrieben wird, ist unverkennbar. Der Boden der Organisation ist kaum in einem Theile Deutschlands in dem Maße vorhanden, wie in Oberschlesien. Sind die Vorbedingungen für die Organisation gegeben, so vermag deren Entstehen weder der Fluch der Pfaffen, der Terroristen der Unternehmer, noch das Bestreben der Behörden, die freie Bewegung der Arbeiter zu erschweren oder unmöglich zu machen, zu verhindern. So wird auch in Oberschlesien, dem Lande, welches heute als Eldorado der Unternehmer gegenüber der Arbeiterorganisation der Arbeiter sich ausdehnen und Bedrückten einen Schutz vor Ausbeutung und tödtung des geistigen Lebens bieten.

**Im Namen des Königs!**

In der Strafsache gegen den früheren Drechsler Carl Legien aus Hamburg, geboren am 1. Dezember 1861 zu Marienburg, katholisch, wegen Beleidigung hat die I. Ferienstrasskammer des königlichen Landgerichts zu Gleiwitz am 3. September 1898 Recht erkannt:

Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird daher unter Anferlegung Kosten des Verfahrens zu (200) zweihundert Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu (20) zwanzig Tagen Gefängnis verurtheilt.

Dem Beleidigten, Gendarm Kupka, wird Befugniß zugesprochen, die Verurtheilung des Angeklagten auf Kosten des Schuldigen einmal innerhalb 4 Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urtheils an ihn im „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ und im „Zabrze'er Anzeiger“ öffentlich bekannt zu machen.

Zugleich wird angeordnet, daß alle Exemplare sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen der Nr. 51 des 7. Jahrganges des „Correspondenzblattes“ vom 20. Dezember 1898 unbrauchbar zu machen sind.

Von Rechts Wegen.

## Jahresbericht des Nürnberger Arbeitersekretariats für 1897.

Der Bericht für 1897 ging uns verspätet zu und hat sich die Veröffentlichung eines Auszuges daraus unliebsam verzögert. Der Bericht bietet so viel interessantes Material, daß den Vertrauensleuten der Gewerkschaften auch die verspätete Veröffentlichung eines Auszuges noch willkommen sein wird.

Das Bureau des Sekretariats wurde in der Zeit vom 1. November 1896 bis zum 31. Dezember 1897 von 13101 Personen in den Sprechstunden besucht. Die durchschnittliche Tagesfrequenz belief sich auf 37 gegen 28 im Jahre 1895/96. Die Auskunfterteilung erstreckte sich auf die verschiedenartigsten Dinge. An erster

Stelle stehen die Auskünfte bezüglich der Versicherungsgesetze. In Unfallsachen wurden 222 in Krankenversicherungssachen 365 und in Alters- und Invaliditätsversicherungssachen 31 Auskünfte erteilt.

Von den Besuchern waren 9866 = 75,30 pZt. männliche Arbeiter und Diensthöten. Ferner erhielten Auskunft 750 un- oder halbverheiratete Arbeiterinnen, 698 Ehefrauen und 626 Wittwen. Von den Auskunftsuchenden waren 4570 = 46,41 pZt. gewerkschaftlich organisiert. Davon waren 1824 Metallarbeiter, 1098 Holzarbeiter, 181 Maurer, 12 Schuhmacher. Von den Besuchern des Bureau wohnten 1645 = 12,55 pZt. außerhalb Nürnbergs.

h eine Ueber-  
gerichtetes und  
tenverzeichnis  
t welchen die  
men könnten.  
sichtlich aus-  
die Arbeiter  
igen anderer  
ein Studium  
eine sehr zu

ist bis zum  
Beintrauben-

Rassenbericht  
1896 bis zum  
Annahme von  
L. 376 449,30,  
198,95.  
Januar 1896  
M. 19 378,20;  
M. 14 447 37  
M. 4930,83.  
e Posten:  
M. 52426,01

6960,—  
2192,88  
8231,82  
68729,56  
17782,20  
11020,14  
43050,90  
26504,—  
6424,10  
9073,62  
19936,42  
4446,63  
1120,—  
54195,58

33768,20  
1600,—  
1540,80  
286,05  
7139,35  
die Einrich-  
welche einen  
Woche zahlen,  
t pro Woche  
6 Wochen in  
Ein Zwang  
registriert jedoch  
r Einnahmen  
datirt vom  
1897 und be-  
M. 97 919,70,  
Es ergibt  
14,80. Vom  
zahlung

(1. Januar 1895) bis zum 31. Dezember 1897 hat sich jedoch eine Mehrausgabe gegenüber der regelmäßigen Beitragsleistung von M. 4007,80 ergeben, so daß eine Erhöhung der Beiträge erforderlich erscheint.

Nach Erledigung der Geschäftsberichte wird in die Berathung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte eingetreten. Einer der wichtigsten derselben ist: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Von den Befürwortern der Arbeitslosenunterstützung wird die Einführung derselben empfohlen mit dem Hinweis, daß dieselbe für die Tabakarbeiter heute schon durchführbar sei, ohne daß eine wesentliche Erhöhung der Beiträge einzutreten brauche, wenn an anderen Unterstützungsrichtungen Abstriche gemacht würden, die nur bestimmten Kategorien von Mitgliedern zu Gute kommen. Diesem wird jedoch entschieden entgegengetreten und betont, daß es ohne eine Erhöhung der Beiträge nicht möglich sein werde, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Einen höheren Beitrag aber zu leisten, als bisher, seien die Tabakarbeiter infolge ihres geringen Verdienstes nicht in der Lage. Ein Vergleich mit anderen Berufen, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, sei nicht zutreffend, da der Verdienst jener ein höherer sei und sie infolgedessen auch einen höheren Beitrag zahlen könnten. Schließlich wird vor einem derartigen Experiment gewarnt, welches unbedingt einen großen Verlust an Mitgliedern zur Folge haben würde. Die Abstimmung über diese Frage ergab, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 41 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurde. Angenommen dagegen wurde mit 28 gegen 24 Stimmen folgender Antrag: „Die Generalversammlung hält die Einsetzung einer Kommission, die statistische Erhebungen über Dauer, Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Berufes anzustellen hat, für nothwendig.“

Als Sitz dieser Kommission wurde Stuttgart gewählt. Ein Antrag, über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung herbeizuführen, wurde abgelehnt. Auf der letzten Generalversammlung des Unterstützungsvereins stimmten nur sechs Delegirte für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, so daß sich die Anhänger der selben in den letzten zwei Jahren vermehrt zu haben scheint.

Nachdem einstimmig beschlossen war, daß in Zukunft die Berufsstatistik besser gepflegt werden solle, wird in die Berathung derjenigen Anträge eingetreten, welche auf eine Verbilligung des Fachorgans durch Uebernahme desselben in den Selbstverlag des Vereins hinielen. Nach einer regen Debatte wird in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Herstellung des Fachorgans zu verbilligen. Alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Bei der Statutenberathung sind folgende Beschlüsse erwähnenswerth. Der Titel des Vereins wird umgeändert in: „Deutscher Tabakarbeiter-Verband“. Die Gewährung des Rechtsschutzes wird erweitert auch auf solche Klagen, welche von Seiten der Mitglieder auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetze geführt werden. Der Beitrag bleibt in seiner bisherigen Höhe bestehen. Bezüglich der Reiseunterstützung wird Folgendes beschlossen:

1. „Nach 26wöchentlicher Beitragsleistung Reiseunterstützung nur auf die Dauer von 13 Wochen zu gewähren nach den jetzt gültigen Unterstützungsätzen. Nach 104wöchentlicher Beitragsleistung kommen die jetzt geltenden Bestimmungen des Statuts mit der Abänderung in Anwendung, daß an einem Tage und an einem Orte nicht mehr als für 75 Kilometer Unterstützungsgeld ausbezahlt werden darf.“ 2. „Die Reisekontrollscheine sind abzuschaffen.“ 3. „Wenn ein Mitglied nachgewiesenermaßen auf Verschreibung eine andere Arbeitsstelle antritt, so ist die volle Tour auszubezahlen.“

Die Unterstützung beim Ableben der Ehefrau eines Mitgliedes wird in der bisherigen Form beibehalten. Die Gewährung von Umzugskosten an Mitglieder, welche einen eigenen Hausstand führen, wird wie folgt geregelt: „Umzugsunterstützung können solche Mitglieder erhalten, welche dem Verbannde mindestens drei Jahre angehören, und zwar in Höhe der Kosten. Bei Maßregelung fällt die Karenzzeit fort.“

Ferner wird beschlossen, daß Mitgliedern in Ortschaften, die nebeneinander liegen, keine Umzugsgelder gewährt werden, wenn der Umzug innerhalb dieser Ortschaften geschieht.

Bezüglich der Streiks wird folgender Beschluß gefaßt: „Bei Ausbruch von Differenzen, die einen Streik zur Folge haben können, sollen von Seiten des Vorstandes resp. des Ausschusses in Gemeinschaft mit einzelnen, an jenen Orten oder in deren Nähe wohnenden unparteiischen Kollegen Untersuchungen über die Ursachen und die Aussichten des Kampfes angestellt werden.“

Angenommen werden noch folgende Anträge: „Die Zuschußkasse, zu welcher die Mitglieder einen Beitrag von 10 resp. 20  $\frac{1}{2}$  pro Woche zu entrichten haben, bleibt bestehen, und zwar fakultativ.“

Die Karenzzeit wird auf 52 Wochen erhöht, die Unterstützung wird statt wie bisher 26 Wochen nur 13 Wochen gewährt. Dem Vorstande wird das Recht gegeben, bei nicht ausreichenden Mitteln den Beitrag „um 5 Pfennig“ pro Woche und Mitglied zu erhöhen, bis ein Reservefonds von M. 2000 angesammelt ist.

„Der Vorstand ist verpflichtet, halbjährlich einen Ueberblick über Mitglieder- und Rassenbestand im Fachorgan zu veröffentlichen.“

„Jährlich soll eine Statistik aufgenommen werden, wie hoch sich die Ausgaben an Verheirathete sowie an Ledige stellen, um zu beweisen, daß die Ausgaben an reisende ledige Mitglieder allein nicht so enorm sind, wie gewöhnlich angenommen wird.“

Abgelehnt wird ein Antrag: „1. Eine Kommission zu wählen oder den Vorstand zu beauftragen, eine Petition auszuarbeiten, durch welche der Reichstag angefordert wird, ein Gesetz zu schaffen, durch welches die bundesrätlichen Bestimmungen auch auf die Hausarbeit ausgedehnt werden, eventuell diese ganz verboten wird. 2. Im Weiteren ist eine Agitation gegen die Hausindustrie zu entfalten, durch welche die Tabakarbeiter über deren Folgen und Schäden aufgeklärt werden.“

Dagegen wird beschlossen: „Die Agitation hat ihr Augenmerk stets auf die Schäden der Haus-

es, in Aussicht stehende größere Streiks durch solche Unterhandlungen zu verhindern. Als die größte im Berichtsjahre vorgekommene Arbeitseinstellung wird die der Schuhwerkstätten-Arbeiter bezeichnet, an welcher 33 Arbeiter theilhaft waren. Für Streiks sind von den Nürnberger Arbeitern za. M. 25 000 im Berichtsjahre aufgebracht, darunter za. M. 19 000 für den Hasenarbeiterstreik, zu dessen Unterstützung ein Ertrarbeitrag von 50  $\%$  pro Woche von den Mitgliedern der Gewerkschaften erhoben wurde. Für die englischen Maschinenbauer wurden bis Schluß des Berichtsjahres M. 2400, für die ausgesperrten dänischen Metallarbeiter za. M. 1000 aufgebracht.

Der Bericht enthält sodann noch eine sichts über die Thätigkeit des Gewerbegerichtes ferner eine Uebersicht und ein Adressenverzeichnis der Körperschaften und Anstalten, mit welchen Arbeiter irgendwie in Verührung kommen können. Im Ganzen ist der Bericht sehr übersichtlich gearbeitet und bietet nicht nur für die Mitglieder Nürnbergs, sondern auch für diejenigen an Orten so viel Wissenswertes, daß sein Studium allen Leitern gewerkschaftlicher Vereine empfohlen ist.

Die Adresse des Arbeitersekretärs ist bis 1. November d. J.: M. Segitz, Weintraugasse 3, 1. Et.

## Kongresse und Generalversammlungen.

### Neunte

#### Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter.

Offenbach a. M., 4.—10. Sept. 1898.

An den Berathungen nahmen Theil 52 Delegirte, sowie Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses und des Fachorgans „Der Tabakarbeiter“.

Nach dem Berichte des Vorstandes haben in den verfloffenen zwei Jahren die Scheerereien mit den Polizeibehörden nachgelassen. Erst in letzter Zeit sei wiederum der Versuch gemacht worden, den Verein zu einem politischen zu stempeln. Hiergegen sei der Rechtsweg beschritten worden, und bleibe es abzuwarten, zu welchem Resultate dies führen werde. Vor allen Dingen sei es nothwendig, daß in dieser Frage ein prinzipieller Entscheid herbeigeführt werde.

Viele Arbeiten haben dem Vorstande in der verfloffenen Geschäftsperiode die Streiks verursacht. Es habe sich die Nothwendigkeit herausgestellt, daß Bestimmungen getroffen werden welche es in Zukunft verhindern, daß Streiks proklamirt werden, ohne daß der Vorstand geprüft habe, ob dieselben gerechtfertigt seien oder nicht. Insgesamt sind 150 Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu verzeichnen. Davon endeten 57 mit vollem und 48 mit theilweisem Erfolge. 24 Differenzen waren vollständig erfolglos, in 17 Fällen wurde das Resultat nicht gemeldet und in 4 Fällen waren zur Zeit der Berichterstattung die Differenzen noch nicht erledigt. In 39 Fällen wurden die Differenzen ohne einen Ausstand mit vollständigem und in 25 Fällen mit theilweisem Erfolge erledigt. Von den gemeldeten 150 Streiks waren 67 Angriffs- und 83 Abwehrstreiks. Von den 67 Angriffsstreiks waren 24 erfolgreich, 29 endeten mit theilweisem Erfolge und 11 waren erfolglos. Von den 83 Abwehrstreiks endeten 33 mit vollem, 19 mit theilweisem Erfolge und 13 waren erfolglos. Von 16 wurde das Resultat nicht gemeldet. Maßregelungen fanden 161 in 78 verschiedenen Orten statt. Ferner wird in dem Berichte ein erfreuliches Wachstum der Organisation konstatiert. Am 1. Januar 1896 hatte der Verein 14138 und am 1. Januar 1898 18707 Mitglieder und erstreckte sich im August d. J. auf 386 Orte.

Nach dem gedruckten vorliegenden Kassen hatte der Verein vom 1. Januar 1896 bis 31. Dezember 1897 eine Gesamteinnahme M. 383 648,25 und eine Ausgabe von M. 376 4 mithin eine Mehreinnahme von M. 7198,95.

Der Kassenbestand betrug am 1. Januar M. 12179,25, am 31. Dezember 1897 M. 193 davon befanden sich in den Zahlstellen M. 144 und in den Händen des Vorstandes M. 49

Unter den Ausgaben sind folgende Posten	
Reiseunterstützung	M. 524
Unterstützung beim Ableben der Ehehälfte	69
Unterstützung beim Umzug	21
Unterstützung nach § 10 (Maßregelung)	82
Unterstützung bei Streiks	687
Verwaltungskosten der Zahlstellen	177
Anderere Verwaltungskosten der Zahlstellen	110
Mehrbeitragunterstützung, pro Tag M. 1	430
„ „ „ 50 $\%$	265
Verwaltungskosten des Vorstandes	64
Anderere Verwaltungskosten des Vorstandes	90
Agitationsunkosten	199
An die Generalkommission	44
Protokolle der Generalversammlung	11
Abonnement auf den „Tabak-Arbeiter“	541
Unterstützung aus freiwilligen Beiträgen	337
Darlehen zurückgezahlt	16
Freiwilliger Beitrag für Belgien	15
Projektkosten	2
Generalversammlung	71

Im Unterstützungsverein besteht die Gewohnheit, daß diejenigen Mitglieder, welche Mehrbeitrag von 10 resp. 20  $\%$  pro Woche zu bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit pro M. 3 resp. M. 6 auf die Dauer von 26 Wochen einem Jahre ausgezahlt erhalten. Ein Betrag zur Zahlung dieses Mehrbeitrages existirt nicht. Die vorliegende Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben dieses Mehrbeitrages datirt vom 1. Oktober 1894 bis 31. Dezember 1897 und trägt darnach die Gesamteinnahme M. 97 9 die Gesamtausgabe M. 96 274,90. Es ergab dies eine Mehreinnahme von M. 1644,80. Tage des Beginnes der Unterstützungska-

## Jahresberichte örtlicher Gewerkschaftskartelle.

### Hannover.

Der Bericht umfaßt das erste Halbjahr 1898. In seiner jetzigen Zusammensetzung besteht das Kartell seit Januar d. J. und trat an Stelle des „Vereins zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen“, der durch Beschluß einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zu Ende vorigen Jahres aufgelöst wurde. Der Grund dieser Maßnahme war gegeben dadurch, daß der Verein seine Aufgaben infolge der Unverantwortlichkeit seiner Mitglieder nicht vollständig erfüllen konnte. Hierin ist jetzt insofern eine Aenderung eingetreten, als sämtliche Delegirte in öffentlichen Versammlungen gewählt und die Mandate alljährlich erneuert werden müssen. Jede dieser Branchen-Versammlungen hat die Thätigkeit des betreffenden Delegirten zu prüfen und bildet die Entscheidungsinstanz über sein Verhalten, während die öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen über die Rechenschaftsberichte bezw. über die Thätigkeit des Kartells zu entscheiden haben. Durch diese Organisation soll die pflichtgemäße Ausübung der Mandate seitens der Delegirten möglichst sicher gestellt werden. Die Angehörigen folgender Berufe sind am Schlusse des Halbjahres durch Delegirte im Kartell vertreten: Bauarbeiter-Hannover, Bauarbeiter-Linden, Brauer, Böttcher, Buchbinder, Buchdrucker, Bildhauer, Dachbedeck, Drechsler, Dreher, Fabrikarbeiter, Feilenhauer, Former, Friseur, Gastwirthsgehülfsen, Glaser, Glasmacher, Kupferschmiede, Klempner, Lederarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter-Linden, Müller, Sattler, Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Schmiede, Steindrucker, Steinarbeiter, Steinseger, Stellmacher, Stuckateure, Tischler, Tapezierer, Tabakarbeiter, Transportarbeiter, Töpfer und Zimmerer.

Den Bauarbeitern und Metallarbeitern in Linden wurde die Entsendung eines eigenen Delegirten gestattet, ebenso den Holzarbeitern. Letztere haben jedoch hierauf verzichtet, während die Ersteren ihre besondere Vertretung im Kartell besitzen. — Ein Beschluß, daß jeder Delegirte seiner Zentralorganisation angehören müsse, wenn eine solche in den Berufen bestehe, führte zu Auseinandersetzungen mit den Transportarbeitern. Die Mandate derselben erkannte das Kartell nicht an wegen des Streites zwischen Zentral- und Lokalorganisation. Es wurde dann von Seiten des Kartells eine Versammlung dieser Branchenangehörigen einberufen, die aber auch zu keiner Einigung führte. Der Streit endete schließlich mit der Wahl von Vertretern der Lokalorganisation. Mittlerweile ist diese Organisation jedoch aufgelöst und der Delegirte trat nunmehr der Zentralorganisation bei. Selbstverständlich hat die Organisation dieser Berufsangehörigen durch den Streit gelitten.

Das Kartell nahm dann zu dem „Erlaß“ des Grafen Posadowsky Stellung, indem es zwei sehr gut besuchte Versammlungen arrangirte, in welchen die Arbeiterschaft Hannover-Lindens Protest einlegte gegen die Vergewaltigung des Koalitionsrechtes. Zu demselben Zwecke ließ das Kartell noch 50 000 Exemplare des Flugblattes der Generalkommission: „Ein Angriff auf das Koalitionsrecht“ verbreiten. Die Broschüre: „Die Reichstagsdebatten über den

Erlaß des Staatssekretärs Posadowsky“ wurde in 2000 Exemplaren zu dem Preise von 10  $\mathcal{M}$  abgesetzt.

Eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung beschäftigte sich alsdann auf Veranlassung des Kartells mit den Mißständen im Bauwesen in Hannover-Linden, besonders mit der für Linden eingeführten Polizeiverordnung. Die Folge war, daß das Kartell eine eingehend begründete Petition an den Magistrat, das Bürgervorsteherkollegium und das Stadtbaupolizeiamt sandte, worin die Ueberstundenarbeit, sowie die Beschäftigung ausländischer Arbeiter (soweit dieselben als Lohnbrücker in Frage kommen) bei städtischen Arbeiten gerügt und gebeten wird, die Zahlung der ortsüblichen Löhne in die Submissionsbedingungen bei Vergabung städtischer Arbeiten, namentlich beim neuen Rathhausbau, mit aufzunehmen. Bis jetzt hat man es indeß noch nicht für nöthig gehalten, der Vertretung der organisirten Arbeiterschaft Antwort auf ihre Eingabe zu geben.

Weiter verhandelte eine Kommission des Kartells mit der Städtischen Brauerei über die Wiedereinstellung zweier Heizer, die wegen ungerechter Entlassung als gemäßigelt angesehen wurden, und erzielte, daß dieselben wieder eingestellt wurden, während eine ähnliche Angelegenheit mit der Herrnhäuser Brauerei zu keinem Resultate führte. Durch Verweigerung des Saales zu Versammlungszwecken hatte sich die letztgenannte Brauerei bei den organisirten Arbeitern dann vollständig in Mißkredit gebracht. Nachträglich ist das Lokal jedoch auch zu Versammlungszwecken wieder zur Verfügung gestellt worden.

Dem Fabrikinspektor wurden zwei Anzeigen über vorhandene Mißstände in Fabriken erstattet. Eine zufriedenstellende Antwort wurde von der Inspektion Linden ertheilt, während eine Antwort von Hannover noch nicht erfolgt ist.

Bezüglich der Versicherungspflicht der Barketenbodenleger wurde dem Magistrat Anzeige erstatet, was eine Vernehmung mehrerer dieser Arbeiter zur Folge hatte. Eine Regelung der Angelegenheit ist jedoch noch nicht bekannt.

Aus der Agitation unter den nicht organisirten Arbeitern ist Folgendes hervorzuheben: Es wurden zwei Gärtnerversammlungen einberufen, die auch die Gründung einer Zahlstelle des Gärtnerverbandes zur Folge hatten, jedoch ist diese infolge Mangels geeigneter leitender Kräfte und infolge starker Gegenagitation wieder eingegangen. Eine Handlungsgehülfsen-Versammlung war von nennenswerthem Erfolg leider nicht begleitet. Dagegen hat die Agitation unter den Buchdruckereihülfsarbeitern ein erfreuliches Resultat aufzuweisen. Der Gründung einer Zahlstelle dieses Verbandes dürfte nichts mehr im Wege stehen. — Durch innere Zwistigkeiten ist die Organisation der Kellner ebenfalls wieder zu Grunde gegangen und ist vorläufig auf Wiedererrichtung derselben wenig Hoffnung.

Sehr in Anspruch genommen wurde das Kartell durch den Stuckateurstreik. Die kräftige Unterstützung seitens des Kartells brachte die Unternehmern zum Nachgeben, und durch eine Einigung fand der Streik sein Ende. Auswärtige Streiks

arbeit mit zu richten und auf die Beseitigung resp. das Verbot derselben hinzuwirken.“

Zum Sitz des Vorstandes wird Bremen und als Sitz des Ausschusses Hannover wiedergewählt.

Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter theilt mit, daß die in dem Bericht über die Generalversammlung des Verbandes angegebene Mitgliedsziffer von 14603 sich nur auf vollzahlende Mitglieder bezieht. Die Zahl der in den Büchern geführten Mitglieder stellt sich im Verbande wesentlich höher.

In A s c h e r s l e b e n fand am 18. September 1898 die zweite Konferenz der Berg- und Fabrikarbeiter des Magdeburg-Harzer Beckens statt. Die erste Konferenz wurde am 19. Dezember 1897 abgehalten, und wurde auf derselben eine Agitationskommission für den Bezirk eingesetzt, welcher die

Aufgabe gestellt wurde, die industrielle Arbeiterschaft des Bezirks für die Gewerkschaftsorgan zu gewinnen. Die Kommission hatte mit Thätigkeit einen erfreulichen Erfolg. Von 20000 Berg- und Fabrikarbeitern des Beckens sind annähernd 1000 in dem Verbande der Berg- und Hüttenarbeiter organisiert. Die Kommission wurde neu gewählt und deren Aufgaben festgestellt. Dann wurde ein Bericht über das Knappschafts-Kassenwesen gehalten. Schluß nahm die Konferenz eine Resolution, welcher sie sich scharf gegen die in Aussicht genommene Verkümmern des Koalitionsrechtes aussprach. Wenn auch das in dem Syndikat vereinigte Kleinnehmertum des Beckens einen starken Druck auf die Arbeiter ausübt und deren Organisationsbestrebungen zu hindern sucht, so findet die gewerkschaftliche Organisation doch immer Eingang.

M.

## Aus den Niederlanden.

In den ersten Monaten dieses Jahres fanden mehrere Kongresse gewerkschaftlicher Organisationen statt, und sind die dort gemachten Angaben über die Stärke dieser Organisationen interessant. Die größte und leistungsfähigste Organisation ist die der Diamantarbeiter. Sie zählt 7500 Mitglieder und hatte im letzten Jahre eine Jahreseinnahme an Mitgliederbeiträgen von fl. 93 630. Die Gesamtausgabe stellte sich auf fl. 104 545. Darunter befanden sich fl. 68 269 für Unterstützung, fl. 1314 für Rechtsschutz und für Agitation fl. 5596. Die Jahreseinnahme für 1898 wird auf fl. 160 000 geschätzt. Der Diamantarbeiterverband hat eine gutgehende Druckerei und läßt gegenwärtig ein Vereinshaus bauen, welches allen modernen Anforderungen entsprechen soll.

Der Allgemeine Niederländische Arbeiterbund besteht seit 27 Jahren, hat 3600 Mitglieder und eine Jahreseinnahme von fl. 2196. Die mit dem Vereine verbundene Begräbniskasse zählt 9870 Mitglieder und zahlte im letzten Jahre fl. 6700 an Unterstützungen aus. Seit Errichtung der Begräbniskasse wurden fl. 101 024 an Unterstützung verausgabt.

Der Zimmererbund hatte auf seiner Generalversammlung Vertretung aus 35 Mitgliedschaften und Vereinen. Ueber seine Mitgliederzahl wurde keine Mitteilung gemacht. Seine Einnahme stellte sich im letzten Geschäftsjahre auf fl. 1237, seine Ausgabe auf fl. 854. Das Fachblatt hatte eine Einnahme von fl. 2080 und einen Reingewinn von fl. 475. Die Generalversammlung beschloß, eine Wittwenunterstützungskasse einzurichten.

Der Typographenbund zählt 1716 Mitglieder und hatte eine Einnahme von fl. 2881, eine Ausgabe von fl. 2528. Für den Pensionsfonds wurden fl. 1765 vereinnahmt und fl. 1038 verausgabt.

Das Fachblatt des Bundes hat eine Auflage von 3700 Exemplaren. Die Generalversammlung beschloß, eine Krankenkasse einzurichten, in welcher

bei 20  $\frac{1}{2}$  Wochenbeitrag M. 10 Unterstützung pro Woche gezahlt werden soll.

Auf einem Typographenkongreß, der von einem der verschiedensten Richtungen, u. a. von den sogenannten römisch-katholischen Vertretern besetzt war, wurde ein gemeinsames Vorhaben zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschlossen und ein einheitlicher Tarif aufgestellt. Die Sonntagsarbeit soll beseitigt und der stündige Arbeitstag durchgeführt werden. Errichtung eines föderativen Bundes aller typographischen Vereine wurde beschlossen, um die gestellten Forderungen durchzuführen.

Der Bund der Post- und Telegraphenbeamten zählt in 55 Zweigvereinen 1850 Mitglieder. Der Stand der Kasse ist ein günstiger. Nähere Angaben über Einnahme und Ausgaben wurden nicht gemacht.

Der Weber- und Spinnerbund hat in 9 Zweigvereinen 1000 Mitglieder. Seine Einnahme betrug fl. 673, die Ausgabe fl. 624. monatlich erscheinende Fachorgan hatte eine Einnahme von fl. 257 und eine Ausgabe von fl. 200 aufzuweisen. Das Fachblatt soll von jezt zweimal im Monat erscheinen und M. 1 pro Exemplar im Abonnement kosten.

Von dem Bäckergefellensbund ist die Mitgliederzahl nicht bekannt. Auf seiner letzten Generalversammlung waren 9 Mitgliedschaften vertreten. Der Bund gab sich ein neues Statut und stellte als wichtigste Forderung die Beseitigung der Nachtarbeit auf.

Zu bemerken ist noch, daß fast sämtlich in letzter Zeit stattgefundenen Generalversammlungen der zentralisierten Organisationen beschlossen, an der Agitation zur Errichtung einer staatlichen Pensionskasse für Arbeiter nicht mehr zu theilzunehmen. Dagegen wurde allgemein beschlossen, dem Niederländischen Arbeitersekretariat angeschlossen zu bleiben und wie bisher Beiträge an dasselbe zu zahlen.